



Kreisverband  
Frankenthal (Pfalz)



CDU

Dr. Tobias Busch, Fraktionsvorsitzender

---

## HAUSHALTSREDE FÜR DIE CDU-FRAKTION ANLÄSSLICH DER HAUSHALTSBERATUNGEN 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Stadtvorstände, Kolleginnen und Kollegen,

erinnern Sie sich noch an die kleine Weihnachtsgeschichte vom vergangenen Jahr, in dem ein roter Weihnachtsmann ein zweifelhaftes Geschenk zum selbst Zusammenbauen und mit fehlenden Teilen aus seinem Sack hervorzog?

Wer dieses Jahr bei der Eröffnung des Weihnachtsmarktes aufmerksam den Abendhimmel und seine Gestirne beobachtete, konnte ein anheimelndes Ereignis bestaunen. Da stand ein hell funkelnder Stern nicht nur über dem Rathaus, nein, er stand genau über dem Büro des Kämmerers.

Spätestens da fragte sich der Beobachter mit Tränen in den Augen, ob denn nun die Rettung naht.

Ein kleiner KEF ist uns geboren! Richtig, kein Kevin, ein KEF. 1/3 der Altschulden sollen vom Land über 15 Jahre gestreckt getilgt werden, immerhin fast 4 Millionen € pro Jahr, 1/3 sollen wir durch Konsolidierungsmaßnahmen beitragen. Die dritte Schippe, die noch drauf muss, steht leider auch ein Jahr nach ihrer Ankündigung noch ungenutzt in der Ecke, weil sie einem anderen gehört, nämlich dem Bund.

Wenn wir gleichzeitig noch eines Beweises bedurft hätten, wie grauenhaft unterfinanziert, sprich beispiellos pleite, wir sind, so haben wir ihn im laufenden Haushaltsjahr erhalten: Trotz brummender Konjunktur und Steuermehreinnahmen schaffen wir es nach wie vor nicht, das laufende Defizit wenigstens in einen einstelligen Millionenbereich zu drücken.

Bekannt sind auch die häufigen Verletzungen des Konnexitätsprinzips in seiner ganzen Breite. An allen Ecken und Enden fehlt es an einer wirklich vollständigen Kostenerstattung für von uns zu erledigende Aufgaben und zu tätige Ausgaben. Beispiele hierzu sind bekannt und will ich mir und Ihnen mit Rücksicht auf die absehbare Tagungsdauer heute ersparen.

Auch beim KEF führt daher die Untersuchung der Wirkungen dieser Medizin, die uns das Land mit dem Kommunalentschuldungsfonds verabreichen will, zu dem Ergebnis, dass unser Teil rasch durch das laufende Geschäft einschließlich allgemeiner Kostensteigerungen verfrühstückt ist und mitnichten in einen Schuldenabbau fließen kann.

Wir werden wegen unserer jährlichen hohen Neuverschuldungen auch mit diesem KEF insgesamt die Verschuldung also nicht abbauen sondern nur deren Anstieg insgesamt verlangsamen. Wir flachen die Kurve nur ab.

Aber: 3,9 Millionen € vom Land jedes Jahr mitzunehmen, erscheint als erste Bürgerpflicht für unseren Stadtrat.

Dies vor allem deshalb, weil unser Drittel von uns gar nicht mehr erbracht werden muss. Stattdessen werden uns unsere Sparmaßnahmen aus der Vergangenheit voll angerechnet, um in den Genuss des Geldes zu kommen. Auch die Bindung künftiger Stadträte kommt da hinnehmbar daher. Es bleibt uns noch jede Menge zu tun, wo wir unbeschränkt agieren können. Wir werden es kaum merken.

Nicht mal an unser Tafelsilber müssen wir ran, nicht an Zuschüsse für Sport oder Kultur, nichts.

Also: Lehnen wir uns entspannt zurück und lassen wir uns von dem kleinen KEF das Herz erwärmen. 4 Millionen an Land gezogen. Mission fulfilled - wenigstens dieses Jahr?

Oder bleibt da ein Unbehagen?

Oh ja, es bleibt.

So können und so dürfen wir es nicht machen.

In einer Zeit der Krise der Staatsfinanzen muss uns bewusst sein, dass auch die vergleichsweise bescheidenen Schulden unserer Stadt Teil dieses Problems sind, und wir hier eine Aufgabe haben.

Uns muss bewusst sein, dass die Bevölkerung unseres Landes und unserer Stadt Maßnahmen erwartet, die Verschuldung zu drosseln, die Kurve zu bekommen, bevor uns die Fliehkraft von Zins und Tilgung in schlechteren Zeiten aus dieser Kurve hinaus wirft.

Ich verfolge wie Sie seit vielen Jahrzehnten die Politik.

Können Sie sich erinnern, dass eine breite Mehrheit – zumindest in den aktuellen Umfragen – nicht Steuersenkungen bejubelt sondern sich mit dem Applaus dafür zurückhält und die Meinung vorzuherrschen scheint, man sollte die Steuereinnahmen für die Schuldentilgung verwenden?

Ich nicht.

Glauben Sie umgekehrt daran, dass die gute Konjunktur endlos brummen wird und es nicht mehr zu Steuermindereinnahmen kommen wird?

Ich nicht.

Ich will in meiner knappen Redezeit nicht über die Ursachen der Verschuldung sinnieren. Aber eine Ursache muss ich schon nennen: Die Politik hat sich öfters mal was vor gemacht, sich in die Tasche gelogen.

Dieses Phänomen kehrt immer wieder, etwa wenn uns Einsparungen aus der Vergangenheit der letzten eineinhalb Jahre angerechnet werden auf unseren Beitrag zum KEF, und so getan wird, als brächten wir jetzt unseren Beitrag.

Wir wissen es aber eigentlich besser, wie gerade dargelegt.

Nun mag diese Regelung vor allem für die schwierigen Fälle, zB Ludwigshafen, Mainz etc. gemacht sein, die mit ihrem Drittelanteil ihre Probleme haben dürften.

Aber wir dürfen uns, wo noch etwas geht, nicht drücken.

Das verlangen die vielen kleinen echten Kevins aus Fleisch und Blut von uns.

Und seien wir ehrlich: Wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht, trägt sie bekanntlich an der falschen Stelle.

Immerhin ziehen neue dunkle Wolken am Horizont auf. Fürchten wir bisher für unsere Kredite eine Erhöhung der Zinsen, kommt nun immer häufiger die Rede auf ein Rating der Kommunen für ihre Kredite. Was in NRW bereits zu staatlich organisierten Ausweichmechanismen führt, ist seit Jahren bei einigen Großbanken in der Vorbereitung. Ich zitiere aus der Zeitung für kommunale Wirtschaft dieses Monats, derzufolge die Deutsche Bank seit etwa 10 Jahren sich hiermit beschäftigt und ein Rating nach weichen und harten Faktoren erarbeitet. Dort heißt es: „Neben Kennzahlen im Hinblick auf die aktuelle Einnahmen- und Ausgabensituation werden auch Faktoren der Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort und die zukünftigen Veränderungen der Einwohnerstruktur untersucht. (...) Auch die Qualität der Verwaltung und die Infrastruktur, Risiko- Cash- und Zinsmanagement“ werden auf den Prüfstand gehoben.

Ein Grund mehr also sich zu wappnen. Dieser Aufwand wird nicht für den Papierkorb betrieben!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

unsere Fraktion legt Ihnen daher Anträge vor, mit denen wir wenigstens einen Teil unseres KEF-Drittels zusätzlich generieren.

- Die Schließung der RS-Grundschule
- Die Schließung des Tiergeheges
- Die Streichung oder Vertagung einiger Investitionsmaßnahmen.

Im HFA haben wir hier nahezu geschlossen entsprechende Beschlüsse gefasst.

Das tut niemand gerne. Wir nicht, Sie nicht, auch die betroffenen Bürger nicht. Aber mit „Tue allen wohl und niemandem weh“ werden wir unseren Finanzproblemen nicht beikommen. Das gilt für € 77.000 jährlich im Bereich des kleinen Tierparks, wenn wir dies nicht mehr ehrenamtlich organisiert bekommen, ebenso wie einige Straßenbaumaßnahmen oder vier Klassensäle, die jetzt sukzessive und im Rahmen der weiteren Baumaßnahmen für das Raumprogramm der IGS verfügbar gemacht werden können und müssen. Angesichts der von der ADD zu erwartenden Prüfungsdauer können auch wir dies gerne erneut überprüfen. Natürlich mag die Verlockung für den einen oder anderen groß sein, seine Fahne in den Wind der verständlichen Emotionen zu hängen, jedoch sollten wir so ehrlich sein, in den Bürgern nicht die Erwartung zu wecken, die Prüfung der verschiedenen Gesichtspunkte würde heute ein anderes Ergebnis haben als vor drei oder vier Jahren, als wir noch zuwarten konnten, weil der Druck durch das IGS-Raumprogramm noch nicht so groß war. Einziger neuer Aspekt ist voraussichtlich die veränderte Klassenmesszahl.

In der Tat müssen wir leider feststellen, dass unsere leeren Kassen endgültig beim Bürger angekommen sind.

Dabei kann gerade das Vorhaben am Rotkäppchenplatz mit dem dortigen Brunnen geeignet sein, um ein Bürgerprojekt ins Leben zu rufen und den Bürgern dies einmal mehr zu verdeutlichen. Dieser Platz ist mit seinem kleinen Brunnen im Gegensatz zu einem Pflanzbeet umgekehrt aber auch ein lohnendes Objekt bürgerschaftlichen Engagements.

Vor dem Hintergrund leerer Kassen müssen wir auch bei den Flomersheimern und ihrem Ortsbeirat um Verständnis dafür bitten, dass es für so manchen nachvollziehbaren Wunsch kein Geld mehr gibt, weil wir keines mehr haben, mag es um Pfüten oder den Sport gehen. Wir sind schon lange an einem Punkt, an dem wir nur noch veranlassen können, was dringend, unvermeidbar oder unaufschiebbar ist.

Gerne hätten wir daher auch „Geisterbusse“ aus eigenem Antrieb aus der Welt geschafft. Nun werden die schwachen Linien

reduziert, weil wir uns einer fatalen Kostenexplosion ausgesetzt sehen, bei der wir den Menschen ebenfalls ungeschminkt mitteilen müssen, dass Vieles nicht mehr bezahlbar ist. Die dennoch zu verzeichnende Kostensteigerung im ÖPNV schmerzt trotzdem ganz erheblich.

Auch den unverrückbaren, monolithischen Ausgabenblock Sozialhaushalt, ebenso sakrosankt wie alljährlich rasant abgehandelt mit dem Bemerkten, dies sei „halt so“, denn es seien Pflichtaufgaben, müssen wir nochmals unter die Lupe nehmen.

Wir erwarten Analysen und Aussagen vom Controlling bzw. einer kritischen Überprüfung der Leistungen und der Effizienz der Arbeit in einer der kommenden Ausschusssitzungen.

Dazu gehören Fragen wie

- 1) Wie hoch sind die Sozialhilfeausgaben pro Kopf und in welchem Umfang realisiert die Verwaltung Unterhaltsansprüche gegen Angehörige? Wie stellt sich dies im Städtevergleich dar?
- 2) Wie stellt sich die Anzahl der Mitarbeiter im Städtevergleich dar?
- 3) Welche freiwilligen Leistungen wendet die Stadt im Bereich der Sozialhilfe auf, welche sind die Arten und Gebiete solcher Leistungen, welche Höhe erreichen solche Ausgaben pro Kopf und insgesamt pro Jahr?
- 4) Welche soziale Hilfen werden zu welchem Aufwand über die gesetzlichen Pflichtaufgaben hinaus wahrgenommen bzw. wie wird das Ermessen im Städtevergleich ausgeübt?

Auch unsere „elder statesmen“ haben hier einige Fragen aufgeworfen:

- 5) Welche städtischen Förderungen erfolgen zu welchem Aufwand über die Pflichtaufgaben hinaus im Bereich der Wohlfahrtspflege und der Freien Jugendhilfe?
- 6) Sind in den verschiedenen Jugendtreffs Entwicklungen im Umfang der Nutzung durch Jugendliche oder im Hinblick

auf die Zahl der Nutzer erkennbar und wann kommt beim KiTa-Bedarf die Überschreitung des „peaks“?

Und schließlich sollte man sich Fragen nach Kosten, Nutzen und Nutzensteigerung von präventiven Sozialmaßnahmen zumindest annähern, wenn dies auch schwierig zu bemessen sein wird, um dort besser oder effektiver zu werden.

Ziel muss es sein, nach Ansätzen zu suchen, um auf die Ausgabenbremse zu treten oder Sozialkosten in ihrer Entstehung zu vermeiden.

Sehr verehrte Damen und Herren,

ungeachtet unserer Finanznot verbleiben zahlreiche Aufgaben in unserer Stadt zu erledigen.

Vieles davon hat natürlich nicht minder mit dem lieben Geld zu tun.

Im CFF warten wir noch immer auf eine spartenbezogene Ergebnisrechnung und eine entscheidende Vorlage für den überfälligen Erweiterungsbau. Kaum ein Projekt hat wohl so viele Planungen und Umplanungen, Neuplanungen und Verwerfungen gesehen wie dieses. Wir müssen hier nun voran kommen. Das schulden wir unseren Arbeitnehmern.

Noch jung an Monaten ist die radikale Energiewende, die unser Land eingeleitet hat.

Bis zur vollständigen Inanspruchnahme der im Rahmen unserer kommunalen Vereinbarung bereit gestellten Flächen sollten wir nicht untätig bleiben. Wir unterstützen in der Zwischenzeit den weiteren Ausbau der Solarstromtechnik in unserer Stadt und haben eine entsprechende Anfrage an den Planungsausschuss gerichtet. Neue Geschäftsmodelle wurden hier entwickelt, mit denen wir uns ebenso befassen müssen wie mit der Nutzbarmachung dafür geeigneter Flächen.

Soweit wir umfangreiche Vorhaben beispielsweise in der Stadtklinik umsetzen, ist darauf zu achten, dass diese juristisch sturmfest vollzogen werden und genauestes Augenmerk auf die Ausschreibungsrahmenbedingungen gelegt wird oder, wo frühere Kooperationen beendet werden, wie beim Lebensbaum, die Protagonisten nicht streitig und kostenträchtig auseinander gehen, sondern im Konfliktfall auch einmal eine solche Abwicklung zur Chefsache des Dezernenten wird, um sie im Guten zu beenden.

Mit der Stadtklinik verbunden ist eines der drängendsten Probleme, die wir überhaupt zurzeit zu bewältigen haben: die Essensversorgung der Patienten, der Schulen und Kitas.

In der Folge unserer bisherigen Diskussion möchten wir heute unseren Antrag erweitern dahingehend, dass unsere Stadtklinik GmbH sich bei einer Ausschreibung beteiligt, da wir dann nicht nur die Kalkulation der Stadtklinik bei einer Eigenbewältigung dieser Aufgabe sehen sondern sofort in Beziehung setzen können zu den Angeboten und Kalkulationen möglicher Bewerber aus dem freien Markt, wodurch wir sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, bevor wir uns festlegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

glücklicherweise bedeutet all die Finanznot noch keinen Stillstand.

Blicken wir auf die Eisenbahnstraße und das angrenzende Bahngelände, stehen wir vor einer ganz maßgeblichen Weichenstellung für die Entwicklung unserer Stadt in einem Bereich, der derzeit auf weite Strecken brach liegt und abgewirtschaftet ist. Neue Impulse dürfen wir ohne weiteres erwarten. Hier müssen wir zugreifen. Manche Fenster stehen nur einmal offen, dann nie wieder. Bei aller Geldnot würden wir uns an unserer Stadt auf viele Jahre versündigen, würden wir nicht dieser Tage den Fuß in die Tür stellen und die Flächen ankaufen. Was

auszuhandeln war, wurde ausgehandelt. Pläne wurden ebenfalls schon viele geschmiedet. Jetzt gilt es. Wir stehen daher hinter diesem Projekt.

Wenn es darum geht, Gelegenheiten in ihrer Einmaligkeit zu erkennen und zuzugreifen, gilt dies auch bei dem Komplex „Feierabendhaus“. Seit Jahren suchen wir nach Lösungen für einen Erhalt des Hauses und eine städtebauliche Weiterentwicklungen, gehemmt und eingeschränkt durch einen baulich maroden Zustand, Denkmalschutz und räumliche Umgrenzungen. Wir wissen, dass Investoren alles tun - außer Schlange zu stehen. Wenn wir hier nicht zugreifen würden, müssen wir ernstlich damit rechnen, dass erneut Jahre und Jahrzehnte vergehen, bis sich wieder eine Chance ergibt für eine Verbesserung der baulichen Situation dort und eine Rettung der Bausubstanz. Schwierig wird genau dies für den Investor schon jetzt. Wir stehen aber zu diesem Vorhaben von Edeka und greifen damit in unserer Stadt ganz neue Trends im Einzelhandel auf. Dabei kann auch das CFF sich nicht beklagen, dass das Feierabendhaus einst für 1 D-Mark von der Stadt erwarb, woran man durchaus erinnern sollte.

Andere Vorhaben hatten in der Vergangenheit auch die Aufmerksamkeit der Politik. Doch manchmal führen auch die umfangreichsten Bemühungen nicht zu einem Ergebnis, wie man es sich erhofft hat.

Wir haben dem Land eine Ungleichbehandlung nachgewiesen beim Lärmschutz entlang des Kanals, wo auf Ludwigshafener Seite eine Wand errichtet wurde, weit außerhalb der Reichweite der entsprechenden Messwerte. Wir hatten die maßgeblichen Minister vor Ort. Wir haben Resolutionen verfasst, Verkehrszählungen durchgesetzt und vieles mehr.

Was nun auf dem Tisch liegt, hilft acht betroffenen Häusern, nicht mehr. Der Einstieg in eine städtische Finanzierung von Lärmschutzwänden ist jedoch nicht möglich. Die Kosten stehen außer Verhältnis. Wir bedauern dies, müssen dies aber so anerkennen, zumal ein Blick in unser neues Lärmkataster uns zu verstehen gibt, dass es objektiv ohnehin kritischere Bereiche in

Frankenthal in punkto Lärm gibt. Einmal mehr müssen wir also 'Nein' sagen.

Immerhin macht an anderer Stelle der Lärmschutzwall Fortschritte, nämlich im Süden, wo weitere Abschnitte laut Haushaltsentwurf in Angriff genommen werden können. Hier sind wir gesetzlich verpflichtet und niemand anders.

Dies tragen wir daher so mit.

Sehr geehrte Damen und Herren,

betrachten wir in einer Momentaufnahme den Zustand unserer Stadt, vor allem ihrer Finanzen, fällt uns auf, dass der Glanz des Weihnachtssterns über dem Büro des Kämmers ein wenig verblasst ist. Aber er leuchtet noch, wenn auch nur noch in mattem Ton. Er steht am Himmel und hält – wie Vieles, was wir in den letzten Jahren erreicht haben - die Hoffnung auf Besserung am Leben.

Vergessen wir nicht, dass wir selbst tun müssen, was wir können, heißt es doch „Hilf dir selbst, dann hilft dir auch der Weihnachtsstern“ – oder so ähnlich.

Binden wir unsere Frankenthaler dabei wieder ein, zB beim neuen Bürgerprojekt „Rotkäppchenplatz“, den wir als städtisches Kleinod mit der Hilfe der Bürger erhalten und wieder beleben!

So oder so verbleibt der Verwaltung auch im neuen Jahr viel zu tun. Für die geleistete Arbeit, einschließlich der vielen Überstunden, für Ihr Engagement und Ihr Herzblut dürfen wir uns an dieser Stelle bedanken.

Bekanntlich hat derjenige, der aufhört besser werden zu wollen, aufgehört gut zu sein. Auch in Frankenthal bleibt genug zu tun. Wenn beispielsweise die Mitarbeiterinnen des Hauptamtes die ganztägige HFA-Sitzung handschriftlich protokollieren, so dass sie dies dann später im Büro aufwändig in den Computer übertragen müssen, sehen wir, dass es Optimierungsmöglichkeiten gibt. Ich rege an, die Damen mit einem Laptop auszustatten, so dass sie ihr Protokoll anschließend nur noch auszudrucken

brauchen. Vielleicht kann das Christkind ja noch eines verfügbar machen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.